

„Österreich ist nur auf der Kriechspur!“

HANNES ANDROSCH. Seine kritische Sicht auf das Budgetsanierungsprogramm der Regierung. Plus: Der Expolitiker fordert völlig neue Strukturen für die Republik.

Viel mehr Mut und Entschlossenheit, besonders aber viel präzisere politische Ziele für ein „Österreich 2030“ fordert Exfinanzminister und Exvizekanzler Hannes Androsch im Gespräch mit NEWS von der Bundesregierung ein. Das gelte auch für deren Beziehung zur EU in Brüssel: Man möge die seit den „törichten Sanktionen“ anhaltende Ablehnungs- und Kritikhaltung aufgeben, um in Europa eine mögliche größere Rolle zu spielen.

NEWS: Wie sehen Sie die hammermäßige Budgetsanierung, die die Österreicher mit 1,7 Mrd. Euro belasten wird?

Androsch: Die Regierung war mit der vollen Wucht der Finanz- und Wirtschaftskrise konfrontiert. Sie konnte die Kernschmelze der Banken vermeiden. So weit, so gut. Das hat dennoch zu beträchtlicher Arbeitslosenzunahme geführt. Der Absturz bedeutet, dass wir 10 Prozent an Wirtschaftsleistung und 20 Prozent in der Industrieproduktion verloren haben. Jetzt gibt es erste Anzeichen von zarter, schleppender, blutarmer Besserung, aber noch lange keinen Aufschwung, weil

bei einer solchen Krise auch längst vorhandene Struktur-schwächen mit voller Wucht an die Oberfläche kommen. Schweres Fahrwasser für die Regierung! Einerseits konsolidieren, um griechische Verhältnisse zu vermeiden, andererseits Gas geben, sonst sinkt die Wirtschaftsleistung mit noch negativeren Folgen. Und zugleich die Zukunft im Auge haben – Stichwort EU/Österreich 2020/30. Ein Hochseilakt!

NEWS: Der bewältigbar ist?

Androsch: So muss man Prölls Rahmenplan, der nun abgesteckt ist und der noch nicht das letzte Wort sein kann, sehen. Denn man kann nicht sagen, Bildung, Forschung und Wissenschaft seien Schwerpunkte, wovon wir weit entfernt sind, um dann zugleich das Wenige noch zu kürzen.

Gleichzeitig ist unbestritten, seit Jahren, dass wir ein staatliches Einsparungspotenzial von fast 11 Milliarden Euro hätten, laut Wifo. Also unnötige oder gar missbräuchliche Ausgaben etwa im Gesundheits- und Spitalsbereich, bei den Schein-Frühhinvalitäten, den wahnsinnigen Früh-

„Der Staat hat Einsparungspotenziale von 11 Mrd. Euro!“

pensionierungen, der völlig fehlgeschlagenen Hacklerregelung. Man muss jetzt erwarten, dass die Diktatur der leeren Kassen endlich dazu führt, diesen „Terror des Status quo“, diese Blockaden, endlich zu beseitigen.

NEWS: Klingt fast wie ein Lob für die Regierung Faymann/Pröll, oder?

Androsch: Das kann noch kein Lob sein, denn was sie machen werden, ist nicht einmal ansatzweise klar. Der Rahmen, der jetzt einmal ange-dacht ist, würde den Anforderungen nicht entsprechen, weil nicht die nötigen Prioritäten bei Bildung, Wissenschaft und Forschung gesetzt wurden. Da liegen wir in der EU nicht gut genug, das spiegeln alle Ranglisten wider.

NEWS: Hohes Budgetdefizit, immer höhere Staatsschulden, hohe Arbeitslosigkeit, Überalterung – unbewältigbar?

Androsch: Man hat seit Jahren mit Besessenheit falsche Wege beschritten, siehe Früh-pensionierungen, Hacklerregelung. Oder die EU-weit niedrigste

Vom Salzbaron zum Gesundheitshotelier

„ICH WOLLTE EINE STÄTTE HABEN, DIE Hilft, SOLANGE ES GEHT GESUND ZU BLEIBEN.“



NUR AUS EIGENINTERESSE (Zitat oben), sagt Androsch, 73, habe er 1995 in Maria Wörth, Kärnten, mit Dr. Harald Stösser um 15 Mio. € am Ufer des Wörthersees das Viva errichtet. Mit 50 Betten und allem Drum und Dran „moderner Mayr-Medizin“. Mit Hotelgästen/Patienten heute auch aus den USA, England, Japan und den Golfstaaten. Androsch: „Man freut sich. Auch dass die Sache wirtschaftlich so gut fliegt.“



VIVA. 50 Mitarbeiter: Ärzte, Masseur, Fitnesstrainer, Hotelpersonal.

STOLZ. Von der EU erhielt das Viva zuletzt einen Award als „Best Medical Resort“.

NEWS 11/10



„Österreichs Kernproblem: falsch strukturierter Föderalismus.“

Beschäftigungsquote der 55- bis 64-Jährigen. Die viel zu geringe Frauenarbeitsquote. Keine Ganztagsbetreuungsplätze für Kinder, keine Ganztagsschulangebote. Die hohe Teilarbeitszeitquote. Das alles kostet Milliarden. Höchste Zeit, das zu korrigieren.

NEWS: Die Österreicher sind mit einer Abgabenquote von 43 Prozent belastet. Nun das neue Belastungsprogramm. Ist das den Bürgern noch zumutbar?

Androsch: Man muss sich fra-

gen, warum die Schweiz mit 30 Prozent auskommt, trotz besserer Infrastruktur, umweltfreundlicherer Energieversorgung, besseren Schulen, Unis und Spitälern. Offenbar gehen wir mit den Steuergeldern nicht effizient um, lassen Verschwendung, ja sogar Miss-

„Jetzt nur das Budget zu kürzen, das ist keine Lösung.“

brauch zu. Sonst könnte das Wifo nicht ein Einsparungspotenzial von 10,7 Mrd. Euro feststellen – ohne Leistungsver-schlechterungen, ohne den Sozialstaat zu gefährden. Das wäre die politische Hauptaufgabe. Nur im Bundesbudget zu kürzen, nein, das wird nicht die Lösung sein.

NEWS: Was sonst?

Androsch: Das Kernproblem Österreichs hängt auch mit dem falsch strukturierten Föderalismus zusammen. Wir ha-

ben zu viele Klein- und Kleinstgemeinden. In der Schweiz hat ein Kanton seine 40.000 Einwohner auf zwei Gemeinden zusammengelegt, ohne dass öffentliche Leistungen und damit der steuerzahlende Bürger eingeschränkt, benachteiligt worden wäre.

NEWS: Österreichs 2.400 Gemeinden also auf nur noch 1.300 zusammenlegen?

Androsch: In Dänemark sind Verwaltungseinheiten nicht kleiner als 50.000 Einwohner, was vielleicht zu viel des Guten ist. Aber: Die zersplitterte Struktur Österreichs ist einfach nicht mehr tragbar, von den Kosten her nicht mehr adäquat. Und was die neun Bundesländer anlangt: Es ist gar nicht notwendig, ihnen durch Zusammenlegung etwa auf nur noch drei Einheiten die Identität zu nehmen, aber sie sind noch viel ineffizienter als der Bund. Da ist anzusetzen.

NEWS: Meinen Sie damit, Österreich müsste sich strukturell völlig verändern?

Androsch: Wenn wir die Zukunft nicht verspielen wollen, führt daran kein Weg vorbei.

NEWS: Sie forderten die Regierung zuletzt zu mehr Mut auf, auch in der Beziehung zur EU. Welche Rolle spielt Österreich dort überhaupt noch?

Androsch: Es könnte mit anderen kleinen Ländern eine größere Rolle spielen, wenn wir uns nicht seit den törichten Sanktionen anno 2000 in eine trotzig Ablehnungs- und Kritikhaltung begeben hätten. Was unsere Position überdies nicht stärkt, sind Kandidaturen wie jene von Barbara Rosenkranz. Was den Mut der Regierenden betrifft: Wenn man meint, es allen recht tun zu wollen, nirgendwo anzuecken, wird man Notwendiges nicht ansatzweise durchsetzen. Es geht um die Frage: Was heißt Österreich 2030? Wir brauchen andere Strukturen, müssen riesige Struktur-schwächen überwinden. Nur dann kommen wir wieder auf die Überholspur. Jetzt sind wir nur auf der Kriechspur!

INTERVIEW: HUBERT WACHTER